

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 25.02.2022
Sitzungsbeginn: 16:32 Uhr
Sitzungsende: 19:46 Uhr
Ort, Raum: Evangeliumshalle Wehrda, Oberweg 60, 35041 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
-------------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Hermann Heck - CDU	
Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Thorsten Büchner - SPD	
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Isabella Aberle - Klimaliste Marburg	
Lena Frewer - B90/Die Grünen	
Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Karen von Rüden - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Jelena Noe - CDU	

Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Heiko Schäfer - CDU	
Karin Schaffner - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Birgit von Barga - CDU	
Jan von Ploetz - CDU	
Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	
Fatma Aydin - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Myriam Hövel - SPD	
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Matthias Simon - SPD	
Gerald Weidemann - SPD	
Jens Womelsdorf - SPD	
Renate Bastian - Marburger Linke	bis TOP 3
Roland Böhm - Marburger Linke	
Anja Meier-Lercher - Marburger Linke	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Jan Schalauske - Marburger Linke	bis TOP 6 (vor Abstimmung)
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Roland Frese - BfM	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	ab TOP 1.2
Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Alev Lassmann - B90/Die Grünen	
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	
Christoph Ditschler - FDP	
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	
Anne Oppermann - CDU	
Ulrich Severin - SPD	
Marianne Wölk - SPD	
Sevim Yüzcülen - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger – Fachdienst Kommunale Gremien	
--	--

Abwesend

reguläre Mitglieder

Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	entschuldigt
Dirk Bamberger - CDU	entschuldigt
Liban Abdirahman Farah - SPD	entschuldigt
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Lea Doobe - Klimaliste Marburg	entschuldigt
Marina Siffermann-Gorr - CDU	entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft zunächst Tagesordnungspunkt 1.1 auf. Im Anschluss gedenkt die Stadtverordnetenversammlung in einer Schweigeminute dem kürzlich verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann.

Anschließend trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen und der im Ältestenrat getroffenen Absprachen.

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor, die jedoch nicht das für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum erreichen. Protokollierung siehe unter Tagesordnungspunkt 1.2 und 1.3.

Der Stadtverordnete Götting stellt und begründet den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 15.4 – Schutz der Lahnauen beim Hafenfest 2022 in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, obwohl er im Rahmen der Vorberatung durch den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie verwiesen worden ist. Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht die Stadtverordnete Messik. Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei, StV. Götting

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: AfD

Der Antrag wird damit in der heutigen Sitzung nicht zur Beratung aufgerufen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Anmerkung:

Zu den Tagesordnungspunkten 4, 6, 7 und 15.1 ist Aussprache bzw. Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet, die in der Tagesordnung vorgezogen und unmittelbar nach der Fragestunde (TOP 3) aufgerufen werden. Die Reihenfolge und Nummerierung der Tagesordnungspunkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Von 17:50 Uhr bis 18:10 Uhr ist die Sitzung für eine Kurzpause unterbrochen. Ab 18:10 Uhr (TOP 6) hat der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung inne.

zu 1.1 Antrag aller Stadtverordneten betr.: Kein Krieg in Europa – Solidarität mit den Menschen in der Ukraine**VO/0583/2022**

Der Antrag wird aufgrund der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine nach vorheriger Absprache in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates einvernehmlich auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Vor der Beschlussfassung des Antrages richtet die Stadtverordnetenvorsteherin einige Worte an die Mitglieder des Hauses und die anwesenden Gäste.

Im Anschluss beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt:

Die Universitätsstadt Marburg nimmt mit großer Bestürzung zur Kenntnis, dass es 76 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 46 Jahre nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki nicht gelungen ist, mit den Mitteln der Diplomatie und der europäischen Sicherheitsarchitektur einen Krieg in Europa zu verhindern.

Die Universitätsstadt Marburg bekennt sich nachdrücklich zu ihrem Einsatz für den Frieden. Sie unterstützt die Forderung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union an Russland, die Militäroperation in der Ukraine zu beenden.

Opfer jeder kriegerischen Auseinandersetzung sind die Bürger*innen und Bürger. Sie leben in Kommunen wie unserer. Ihnen gilt unsere Unterstützung und Solidarität. Die Universitätsstadt Marburg fordert die kommunalen Friedenverbände, denen sie angehört, dazu auf, sich international für ein Ende der militärischen Handlungen in der Ukraine einzusetzen. Die Stadt

Marburg wird Aufnahmeersuchen von Menschen aus der Ukraine mit größter Offenheit begegnen.

Dier Universitätsstadt Marburg lädt alle Bürger*innen und Bürger zu einer gemeinsamen Mahnwache für den Frieden am Samstag, 26. März 2022, um 17 Uhr vor dem Erwin-Piscator-Haus ein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 1.2 Dringlichkeitsantrag des StV. Göttling betr.: Keine Umsetzung der außerplanmäßigen RMV Fahrpreiserhöhung in Marburg - Umsetzung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zum ÖPNV

VO/0569/2022

Der Stadtverordnete Göttling begründet die Dringlichkeit des Antrages, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Ramsaier. Im Anschluss nimmt der Oberbürgermeister zur Sache Stellung.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmen die Fraktion Marburger Linke, die Piratenpartei und der Stadtverordnete Göttling für die Dringlichkeit des Antrages. Damit ist das für die Aufnahme auf die Tagesordnung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Der Stadtverordnete Göttling gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

zu 1.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Mahnmal Memoria für die Opfer rassistischer Gewalt schützen

VO/0576/2022

Die Dringlichkeit des Antrages begründet die Stadtverordnete Bastian, formal gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Rink.

Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktion Marburger Linke, die Piratenpartei und der Stadtverordnete Göttling. Damit ist auch bei diesem Antrag das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tages-

ordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnete Bastian gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 3 bis 23 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Wer in der Stadt ist verantwortlich für die Vorgaben zur Bekämpfung des Coronavirus im öffentlichen Raum, hier insbesondere zur Maskenpflicht in der Stadt (z.B. Firmeneiplatz), welche objektiven, belastbaren Kriterien liegen dabei den Entscheidungen/Entscheidern zu Grunde und wann werden diese regelmäßig überprüft?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Verantwortlich für die Vorgaben zu Bekämpfung des Coronavirus im öffentlichen Raum ist der Landkreis. Ist ein Landkreis ein sogenannter Hotspot, so kann er das Tragen von medizinischen Masken auf Vorschlag der örtlich zuständigen Behörden unter anderem in Fußgängerzonen bestimmen.

Objektiv belastbare Kriterien schreibt die Corona-Schutzverordnung des Landes für die angelegten Fußgängerzonen nicht vor.

Der Fachbereich 3 hat dem Kreis zunächst sämtliche Fußgängerzonen in der Innenstadt vorgeschlagen.

Die daraufhin erlassene Allgemeinverfügung des Kreises gilt bis zum 10.02.2022. Änderungen und eine Verlängerung bleiben vorbehalten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Wieviele Führungspositionen in der Stadt inkl. Tochterunternehmen der Stadt wurden in der Vergangenheit (letzte 10 Jahre) mit Personen mit Parteibuch besetzt (z.B. Geschäftsführer Gewobau, Leitung FB 7), soweit bekannt und müsste das in Zukunft nicht ein Ausschlusskriterium bei Bewerbungen / Stellenbesetzungen sein?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 1 - Zentrale Dienste
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Dem Magistrat als Dienstherr ist eine evtl. Parteizugehörigkeit seiner Beschäftigten nicht bekannt. Der Magistrat ist auch nicht berechtigt, die Parteizugehörigkeit seiner Beschäftigten zu erfragen. Die Parteizugehörigkeit der Beschäftigten ist bei Stellenbesetzungen kein Vorteil. Sie zu einem Ausschlusskriterium zu machen wäre zum einen rechtlich unzulässig und entspricht zum anderen auch nicht der Haltung des Magistrats zur freien Meinungsäußerung seiner Beschäftigten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Entspricht es der Würde des Stadtparlamentes, was über mehrere Monate in vielen hundert Stunden Koalitionäre für den Haushalt 2022 ausgehandelt haben, als der Kämmerer am 3. Dez. 2021, am Tag der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages, gravierende Änderungen des Haushaltes 2022 über die Oberhessische Presse verlautbaren lässt und dabei wegen Zeitnot einen Nachtragshaushalt und damit eine angemessene Einbindung des Stadtparlamentes ablehnt?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Fraktionsvorsitzenden wurden zur Vorbereitung der Beschlussfassung über den Haushalt 2022 über eine erwartete, erhebliche Verbesserung der Gewerbesteuererträge bereits frühzeitig in einer Besprechung am 08.11.2021 vorab informiert. Am 10.11. berichtete erstmals die Oberhessische Presse über eine zu erwartende erhebliche Gewerbesteuerverbesserung auf Grund von Recherche aus öffentlich zugänglichen Quellen. Am 15.11. wurden die neuen Zahlen zur Gewerbesteuererwartung dem Haupt-, Finanz und Wirtschaftsausschuss vorgestellt. Magistrat und Fraktionen haben dies durch Änderungen in den Haushalt 2022 einfließen lassen.

Die Beschlussfassung über einen Nachtragshaushalt hätte formal erst in der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2021 und damit nach dem Kassenschluss erfolgen können. Damit wäre eine Verausgabung zusätzlicher Mittel in 2021 nicht mehr möglich gewesen, zumal die im Haushalt 2021 bereitgestellten mehr als ausreichend waren, um die Aufgaben der Stadt zu erfüllen.

Das Haushaltsrecht ist bekanntermaßen das Königsrecht des Parlaments. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Haushaltsplan für das Jahr 2022 debattiert und beschlossen. Eine Bewertung der Debatte anhand des Kriteriums der Würde steht dem Magistrat nicht zu und ist ihm auch in seiner Natur fremd.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Wofür und an welchen Stellen sind die Lahnauen für Marburg 800 und das Hafenfest eingeplant?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Lahnauen – von der Stadt Marburg in den letzten Jahrzehnten innerstädtisch umfangreich renaturierte, mit Nebenarmen und Retentionsflächen durchzogene und zu geschützten Landschaftsbereichen entwickelte Bereiche des Lahnufers sind in keiner Weise einbezogen. Die Stadt Marburg hat hier vorbildhaft auch innerstädtische Areale in Lahnumfeld in Wehrda, im Bereich auf der Weide, am linksseitigen Lahnufer südlich des Campingplatzes oder an der Gisselberger Spannweite mit hohem Aufwand in eine Auenlandschaft umgewandelt.

Für verschiedene Veranstaltungen wie das Hafenfest, auch im Rahmen von Marburg 800, aber auch für das Stadtfest 3TM oder das Bildungsfest wird lediglich die innerstädtische Freizeitfläche genutzt, die sich am rechten Lahnufer nördlich des Gerhard-Jahn-Platzes parallel des südlichen Abschnitts der Uferstraße befindet. Ausgenommen sind auch hier seit jeher der rena-

turierten Uferstreifen. Dieser ehemalige Parkplatz wurde bewusst für eine Mehrfachnutzung gestaltet, indem beispielsweise die Untergrundgrundbefestigung der ehemaligen Parkflächen belassen und lediglich mit einer Rasendecke überlegt wurde.

Auf Grund der Corona-Abstands-Regeln musste das Hafenfest 2021 zur Wahrung der erforderlichen Abstände ausnahmsweise in nördlicher Richtung über diesen Bereich bis auf die Sportfläche ausgedehnt werden, unter der sich keine Untergrundbefestigung befindet. Ebenfalls der besonderen Situation unter Corona-Bedingungen war geschuldet, dass aus räumlichen Gründen leider ausnahmsweise auch einzelne schwerere Fahrgeschäfte nur im Bereich des rechten Lahnufers platziert werden konnten. Durch unerwartet starke, mehrtägige Regenfälle unmittelbar vor und während der Aufbauphase hat diese Kombination dazu geführt, dass in der Rasenoberfläche insbesondere im Bereich nördlich der Untergrundbefestigung diese Oberfläche aufwendiger wiederhergestellt werden musste.

Für 2022 ist vorgesehen, sich wieder auf den traditionellen, befestigten Uferbereich zu beschränken und schwerere Fahrgeschäfte wie üblich gänzlich außerhalb des Uferbereichs zu errichten, siehe beigefügter Lageplan.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Anja Kerstin Meier-Lercher
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie viele bei der Stadt Marburg angemeldeten Hunde werden durch erfolgten Antrag steuerermäßiggt geführt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aktuell wird im Satzungsgebiet der Universitätsstadt Marburg für 67 Hunde eine Steuerermäßigung gewährt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Gibt es Neuigkeiten zur Nachfolge für den ehemaligen Geschäftsführer der MSLT Herrn Klaus Hövel und wenn nicht wann wird die Ausschreibung veröffentlicht bzw. gibt es schon Bewerbungen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Auswahlverfahren, in dem eine geeignete Kandidatin für die Nachfolge von Herrn Hövel gefunden werden konnte, ist abgeschlossen. Sie wird sich am 10. März 2022 dem Aufsichtsrat der MSLT vorstellen. Nach dieser Vorstellung kann der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung eine Beschlussempfehlung zur Bestellung der neuen Geschäftsführung abgeben.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Lena Frewer
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie am 9. Februar bekannt wurde, hat es erneut eine Beschädigung des Mahnmals „Memoria“ zum Gedenken an die Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt gegeben. Dieser Vorfall ist nicht der erste dieser Art: Seit der Installation des Denkmals zum ersten Jahrestags des rechtsextremen Anschlags in Hanau kam es wiederholt zu Vandalismus, was auch in einem im Mai 2021 beschlossenen Antrag thematisiert wurde. Darin wurde der Magistrat beauftragt, einen nachhaltigen Platz für das Denkmal zu finden, für seinen Schutz zu sorgen und Fälle von Vandalismus strafrechtlich zu verfolgen.

Welche Maßnahmen wurden seit Beschluss des Antrags von Seiten des Magistrats zur Sicherung, Wartung und dauerhaften Installation des Denkmals unternommen und wurden diese Schritte mit den an der Aufstellung beteiligten Initiativen gemeinsam abgestimmt?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das am Friedrichsplatz aufgestellte Denkmal Memoria ist zunächst ohne Mitwirken der Stadt aufgestellt worden. Auf Grund der übergeordneten politischen und gesellschaftlichen Relevanz des Mahnmals wurde die Entscheidung getroffen, es an dieser Stelle zu dulden, auch wenn es signifikante denkmalschutzrechtliche und sicherungstechnische Bedenken an der momentanen Stelle gibt. Zunächst wurde deswegen ein Dialog mit den Initiator*innen des Denkmals eingeleitet, und auch eine Vor-Ort-Besichtigung mit den beteiligten Personen, zu dem auch die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung eingeladen waren, durchgeführt. Vor Ort konnten die Bedenken bzgl. der Aufstellung besprochen werden.

Als nächster Schritt sollte geprüft werden, welche Orte für die Aufstellung des Mahnmals (aus verkehrsrechtlicher und denkmalschutzrechtlicher Sicht) geeignet sind, an denen ein aktives Gedenken möglich ist. Über diesen Prozess wurde auch der Ältestenrat informiert, und die Anregung weitergegeben, sich gerne an der Suche geeigneter Orte zu beteiligen. Auch der Ortsbeirat Südviertel wurde diesbezüglich angesprochen. Bisher sind dazu noch keine Vorschläge

eingegangen.

Die Verwaltung plant in den nächsten Wochen unter Federführung des FD Kultur einen Vorschlag zu formulieren, der allerdings zunächst mit den beteiligten Gruppen besprochen und geprüft werden soll.

Die strafrechtliche Verfolgung liegt außerhalb der rechtlichen Möglichkeit der Stadt Marburg. Nach dem erneuten Anschlag, den der Magistrat aufs Schärfste verurteilt, wurde jedoch auch die Bitte um die strafrechtliche Verfolgung der Beschädigung an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet, da hier ein besonderes öffentliches Interesse vermutet werden kann.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Felix Burghardt
Fraktion / Partei:	SPD

Wie steht der Magistrat zum Tierverbot in Zirkussen, nachdem die Stadt Rodgau kürzlich erstmals ein solches erlassen hat?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat befürwortet Tierschutz in jeglicher Form.

Ein Verbot von Tieren im Zirkus ist derzeit nicht umzusetzen. Der Verband „Deutscher Circusunternehmen e.V. (VDCU) wird gegen das Verbot der Stadt Rodgau rechtliche Schritte einlei-

ten. Das Urteil steht noch aus.

Der Magistrat der Stadt Marburg beobachtet die Entwicklung aufmerksam, sobald das entsprechende Urteil vorliegt, wird ein ähnliches Verbot vom Magistrat geprüft.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Wie ist in der Verwaltung der Stand bei der Änderung der Stellplatzsatzung und wann kann damit gerechnet werden, dass ein Vorschlag vorgelegt wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Zurzeit sind verschiedene Fachdienste der Universitätsstadt Marburg mit der Erarbeitung von Ergänzungen und Änderungen der Stellplatzsatzung befasst.

Sobald ein abstimmungsfähiger Entwurf vorliegt, werden die vorgeschlagenen Änderungen in die beratenden Gremien eingebracht. Dies sollte noch vor der Sommerpause erfolgen.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Maßnahmen er nach dem dritten verabscheuenswürdigen Angriff auf das Mahnmal Memoria, das für die Opfer rassistischer Gewalt am Friedrichsplatz steht, ergreifen wird, welche dem im Mai 2021 von der StVV gefassten Beschluss entsprechen, wonach „zeitnah ein würdiger und nachhaltiger Platz in der Kernstadt für das Mahnmal gefunden wird“ und der Magistrat für seinen Schutz Sorge tragen wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Zur Beantwortung dieser Frage wird auf die Kleine Anfrage Nr. 09 zum gleichen Thema verwiesen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, seit wann die Stadtwerke Marburg ein Subunternehmen aus Karlsruhe (Baden-Württemberg) für Wartung und Austausch von Stromzählern ihrer Kunden beauftragt haben und ob dies dem städtischen Bild von ökologi-

scher Nachhaltigkeit und guten Arbeitsbedingungen entspricht?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Seit 1.1.2015 ist durch die Übernahme neuer Netze die Anzahl der Zählpunkte stufenweise angestiegen. Seit 2016 wurde erstmals eine Drittfirma eingesetzt. Diese Firma führt nur den Zählerturnus, also den Austausch aufgrund des Ablaufens der Eichgültigkeitsdauer durch.

Das aktuelle Subunternehmen arbeitet seit 2021 für die SW und hat seinen Firmensitz in Karlsruhe, die u.a. in unserem Netz eingesetzten Mitarbeiter stammen aus der Region Marburg.

Die Beauftragung von Dienstleistungen (Fremdvergabe) erfolgt unter Zugrundelegung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Lieferungen und Leistungen der Stadtwerke Marburg.

Darin werden die gesetzlichen Vorgaben für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gefordert, die Bezahlung der Beschäftigten erfolgt gemäß Tariflohn für Fachkräfte aus der Elektrobranche.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Welche Erkenntnisse hat der probeweise Betrieb eines Elektrobusses auf dem Streckennetz der Linie 3 im vergangenen Dezember ergeben?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Die Fahreigenschaften des Testbusses stießen beim Fahrpersonal auf eine durchweg positive Resonanz, als Schwachstelle zeigte sich demgegenüber aber die geringe Laufleistung aufgrund der geringen Batteriekapazität von nur 240 kWh.

Für die innerbetrieblichen Abläufe ist es vorteilhaft, dass sich die Einsätze von Elektrobussen ohne zusätzliche Aufladungen im Tagesverlauf realisieren lassen und sich lediglich auf die Übernacht-bzw. Depotladungen beschränken. Der im Dezember getestete E-Bus erfüllt bei niedrigen Außentemperaturen im Minusbereich und bei Vollbesetzung nur eine Tageslaufleistung von maximal 150 km. Das ist zu wenig, um die überwiegend im Bereich zwischen 200 und 250 km zu bewältigenden Tagesumlaufleistungen der städtischen Linien, auf denen 12-Meter-Busse zum Einsatz kommen, zu realisieren. Die Fahrleistung reduziert sich auf bergigen Strecken teilweise erheblich.

Ein weiterer Test mit einem noch in der Produktion befindlichen Nachfolgemodell desselben Busherstellers soll im zweiten Quartal dieses Jahres folgen. Die Gespräche mit dem Bushersteller wurden dahingehend bereits geführt. Dieser Bus verfügt über die fast doppelte Batteriekapazität und sollte für die erforderliche Reichweite geeignet sein.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Thorsten Büchner
Fraktion / Partei:	SPD

Wie wird gewährleistet, dass bei der anstehenden Direktwahl zum Landrat bzw. Landrätin nur barrierefreie Wahllokale ausgewiesen werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Universitätsstadt Marburg ist in 74 Wahlbezirke unterteilt. Auch für die für die Wahl der Landrätin*des Landrats im Mai 2022 wird in jedem dieser Wahlbezirke ein Wahllokal eingerichtet werden.


Soweit möglich sollen Wahlräume in Gemeindegebäuden zur Verfügung gestellt und so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten – insbesondere Menschen mit Behinderungen und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung – die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Entsprechende Vorschriften finden sich in zahlreichen wahlrechtlichen Vorschriften wie der Bundeswahlordnung, der Landeswahlordnung sowie der bei der Wahl der Landrätin*des Landrats einschlägigen Kommunalwahlordnung.

Im Rahmen der Wahl der Landrätin*des Landrats werden in den 74 Wahlbezirken in der Universitätsstadt Marburg derzeit 66 Wahllokale als barrierefrei eingestuft. Nicht barrierefrei sind aktuell folgende Wahllokale:

- 21104 (Altstadt IV) – Haus der Ketzerbachgesellschaft, Ketzerbach 21 ½
- 22102 (Grassenberg II) – Pharmazeutisch-Chemisches-Institut, Marbacher Weg 6
- 22204 (Ockershausen IV) – Gemeindehaus Matthäusgemeinde, Borngasse 1
- 22205 (Ockershausen V) – Gemeindehaus Matthäusgemeinde, Borngasse 1
- 23302 (Ortenberg II) – Brüder-Grimm-Schule (Musikraum), Alter Kirchhainer Weg 8
- 24202 (Hansenhaus II) – Pfarrei Liebfrauen, Großseelheimer Straße 10
- 32201 (Michelbach I) – Grundschule, Birkenstraße 10
- 35102 (Cappel II) – Erich-Kästner-Schule, Paul-Natorp-Straße 9

Grundsätzlich ist unser Bestreben, in allen 74 Wahlbezirken barrierefrei zugängliche Wahllokale einzurichten. Es ist jedoch nicht immer möglich, Räumlichkeiten innerhalb der klar abgegrenzten Wahlbezirke zu finden, die sowohl die Kriterien eines Wahllokales erfüllen und zudem barrierefrei sind.

Es kommt immer wieder vor, dass barrierefreie Räume, die regelmäßig als Wahllokale dienen, wegen anderweitiger Belegung, Sanierung oder Umbau an Wahltagen nicht zur Verfügung stehen und kurzfristig Alternativen gefunden werden müssen. Gerade im Rahmen einer Direktwahl muss dafür Sorge getragen werden, dass das Wahllokal sowohl an dem Tag der Hauptwahl als auch an dem Tag der Stichwahl zur Verfügung steht.

Durch das auf den Wahlbenachrichtigungen aufgedruckte Rollstuhlpiktogramm  wird den Wahlberechtigten mitgeteilt, ob das zuständige Wahllokal barrierefrei erreichbar ist. Ferner wird kurz nach der Festlegung aller Wahllokale für die Wahl der Landrätin*des Landrates auf der städtischen Website eine Liste sämtlicher Wahllokale der Universitätsstadt Marburg mit entsprechendem Hinweis auf bestehende Barrierefreiheit eingestellt.

Darüber hinaus erteilen die Bediensteten des Wahlamtes ebenfalls Auskunft darüber, welche Wahllokale barrierefrei oder ggf. auch mit einer Hilfsperson zu erreichen sind und weisen auf die Möglichkeiten der Beantragung eines Wahlscheins hin. Mit dem Wahlschein kann entweder per Briefwahl oder in jedem anderen Wahllokal des Wahlkreises gewählt werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Jelena Noe
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie teuer war das Video zum Neujahrsempfang (inkl. Miete EPH, Technik, E-Bus, Schnitt, Gage, etc.)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Auch beim Neujahrsempfang 2022 haben wir lange gehofft, diesen als Präsenzveranstaltung durchführen zu können. Leider war jedoch Ende November 2021 aufgrund der der sich abzeichnenden pandemischen Entwicklung abzusehen, dass dies nicht der Fall sein wird. Aufgrund der guten Erfahrungen und dem hohen Interesse aus dem Jahr 2021 wurde deshalb entschieden, die Veranstaltung erneut digital durchzuführen. Hierfür war es erforderlich alle geplanten Programmpunkte an das digitale Format anzupassen.

Die Kosten für Vorplanung, Miete EPH, Gagen, Technik und Erstellung des Videos beliefen sich einschließlich der Kosten für die Übersetzung in Leichte Sprache auf insgesamt ca. 23.500 €, wobei die Rechnung für die GEMA-Gebühren, die sich im unteren dreistelligen Bereich bewegen wird, noch aussteht.

Von den genannten Kosten konnte ein Betrag in Höhe von 7.500 € durch Sponsoringmittel abgedeckt werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Jelena Noe
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Welche Firmen (inkl. städtischer Tochterfirmen) haben an dem Video mitgewirkt und wie viele Angebote wurden eingeholt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Neben den Stadtwerken Marburg hat auch die Gemeinnützige Wohnungsbau mbH (GeWoBau) bei der Erstellung des Videos mitgewirkt.

Da die Entscheidung, den Neujahrsempfang auch in 2022 digital durchzuführen, erst Ende November 2021 getroffen wurde, ist der Auftrag für die Produktion des Videos aufgrund der Kürze der für die Umsetzung zur Verfügung stehenden Zeit im Rahmen der freihändigen Vergabe an das Marburger Unternehmen erteilt worden, das bereits das Videos zum Neujahrsempfang 2021 produziert hat. Damit konnte auf die Erfahrungen des Unternehmens und die überaus gute Zusammenarbeit bei der Abstimmung und Produktion des Videos für den Neujahrsempfang 2021 aufgebaut werden.

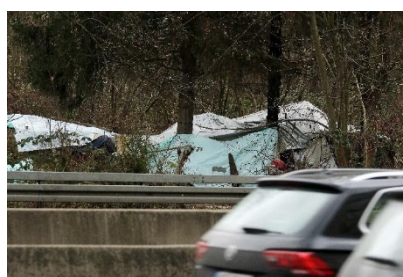
Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Karin Schaffner
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

In Höhe der Unterführung zur PhilFak auf der Lahnseite - Herrmann-Cohen-Weg (siehe Bilder) - stehen seit geraumer Zeit wild aufgebaute und bewohnte Behausungen (Zelte). Kann der Magistrat Auskunft geben, um was für ein Grundstück es sich hierbei handelt und welche Maßnahmen er veranlassen wird, um dieses wilde Zelten zu beenden?



Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Grundstück befindet sich im Privatbesitz. Der Eigentümer des Grundstücks duldet das Zelten dort ausdrücklich.

§ 5 Abs. 1 der Marburger Straßenordnung, nach dem es untersagt ist, in öffentlichen Anlagen zu lagern oder zu nächtigen, kann somit als Rechtsgrundlage nicht angewandt werden.

Aktuell wird geprüft, ob diese Art der Nutzung des Grundstücks baurechtlich untersagt werden kann.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Michael Weber
Fraktion / Partei:	Piratenpartei

Welche Kosten entstehen der Stadt Marburg jährlich für das seit 2018 eingesetzte proprietäre Dokumenten-Management-System Namens "d.velop documents", welche Alternativprodukte wurden bei der Auswahl seinerzeit berücksichtigt und bei welchen von diesen handelte es sich um OpenSource-Lösungen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 19 - Digitalisierung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Wartungskosten für das Dokumentenmanagement-System von „d.velop“ belaufen sich aktuell auf ca. 11.400 Euro pro Halbjahr. Mit der Aufnahme weiterer Funktionen und zusätzlicher

Mitarbeiter*innen kann es hier zukünftig noch zu einer Kostensteigerung kommen.

Das Dokumenten-Management-System wurde in einen offenen EU-weiten Ausschreibungsverfahren ausgewählt. Die Ausschreibung hatte als zweistufiges Verfahren aus Teilnahmewettbewerb mit anschließenden Wettbewerblichen Dialog im Zeitraum Dezember 2017 bis Mai 2018 stattgefunden.

Insgesamt hatten sieben Bieter am Teilnahmewettbewerb teilgenommen. Fünf dieser Bieter wurden zum Wettbewerblichen Dialog zugelassen und vier Bieter hatten schlussendlich ein Angebot abgegeben.

Keiner der Anbieter hatte ein OpenSouce-Produkt angeboten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Steffen Rink
Fraktion / Partei:	SPD

Der sog. Feuerwehrteich in Einhausen, Weidenbornstraße, ist seit langem von zunehmender Verpflanzung und Sauerstoffarmut betroffen. Es kommt regelmäßig zu übermäßiger Algenbildung. Es besteht die Gefahr, dass der Teich in Sommermonaten kippt und es damit wieder zu Geruchsbelästigungen kommt. Außerdem bricht die Uferlinie immer weiter ab. Der Teich wird im Übrigen nicht als Löschteich genutzt.

Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, ob und ggf. wann durch die Stadt eine Sanierung des Teichs oder zumindest die fachgerechte Pflege erfolgen werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die zuständigen Fachdienste aus dem Fachbereich 6 – Planen, Bauen, Umwelt – werden sich in den nächsten Wochen zu einem Ortstermin am Teich zusammenfinden.

Für die angesprochene Problematik kann sicherlich eine Lösung gefunden werden. Sobald der Termin stattgefunden hat und Maßnahmen ausgearbeitet wurden, werden wir informieren.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Am 31. August 2018 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat aufzufordern, das Deserteurs-Denkmal in der Frankfurter Straße stärker öffentlich wahrnehmbar zu gestalten und der Stadtverordnetenversammlung dazu einen Entwurf vorzulegen. Was hat der Magistrat bisher unternommen, um den Beschluss umzusetzen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Wie schon in der Anfrage vom 11. Dezember 2020 kommuniziert, wurde bereits 2019 vom Fachdienst 61-Stadtplanung und Denkmalschutz im engen Austausch mit dem Fachdienst 41-Kultur ein Konzept zu der oben beschriebenen Fragestellung gefertigt. Dieses Konzept kann

der Stadtverordnetenversammlung bei Bedarf jederzeit vorgelegt werde.

Da beide Fachdienste mit anderen baulichen und inhaltlich aufwändigen Aufgaben ausgelastet sind, war es bisher nicht möglich, einen größeren Prozess mit Bürgerbeteiligung und öffentlicher Diskussion zu beginnen, der aus unserer Sicht für eine zielführende Umsetzung die Voraussetzung wäre.

Daneben scheint es sinnvoll, die Aufwertung der Gestaltung des Deserteursdenkmals im Verbund mit der grundhaften Erneuerung der Frankfurter Straße zu denken, die in näherer Zukunft zu erwarten ist.

Die Fachdienste 41 und 61 schlugen daher im Dezember 2020 vor, die kommenden Jahre für einen Beteiligungsprozess zu nutzen, in dem im Rahmen einer konzertierten Erinnerungs- und Gedächtnisarbeit eine abgestimmte Idee entwickelt wird: zum Umgang mit Erinnerungs- und Gedächtniskultur im öffentlichen Raum im Allgemeinen und mit dem Deserteurs-Denkmal in der Frankfurter Straße im Speziellen. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollten in der Folge in die baulichen Planungen zur Frankfurter Str. eingebunden werden.

Die für das Jahr 2021 geplante Erinnerungskonferenz konnte 2021 coronabedingt nicht umgesetzt werden; sie ist aber im Rahmen des Stadtjubiläums für die 2. Jahreshälfte ab September 2022 fest eingeplant. Mit den Planungen für diesen beteiligenden Prozess wird in Kürze begonnen.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Im Haushalt 2022 sind 25.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie Südbahnhof veranschlagt. Begleitend zum barrierefreien Umbau des Südbahnhofs werde demnach einer „städtebaulichen Verknüpfung des Südbahnhofes mit dem Karl-Theodor-Bleek-Platz als dessen Vorplatzes aus Mobilitätsgründen hohe Priorität beigemessen“. Die aktuelle Verkehrssituation auf dem Vorplatz ist für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen erheblich benachteiligend gestaltet. Bis heute fehlt es z.B. an einer sicheren Querungsmöglichkeit des Platzes. Ist die Studie bereits beauftragt und wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Machbarkeitsstudie ist schon in 2015 beauftragt worden.

Der Diskussionsprozess zur Entscheidungsfindung, welches das richtige zukunftsfähige Transportmittel als Ersatz für Busse mit Verbrennungsmotor für Marburg ist, hat dazu geführt, dass die Machbarkeitsstudie nicht weiterbearbeitet werden konnte. Diese Entscheidung ist für die Überlegungen zum Karl-Theodor-Bleek-Platzes (Vorplatz Südbahnhof) gerade in Bezug auf die Optimierung für Fuß- und Radverkehr sowie einer höheren Aufenthaltsqualität die Voraussetzung.

Die Entscheidung für das BOB-System und das voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2022 vorliegende städtische Mobilitätskonzept MoVe 35, das zum jetzigen Zeitpunkt der Verknüpfung des Südbahnhofes mit dem Vorplatz eine hohe Priorität einräumt, machen die Weiterbearbeitung nun möglich. Dabei ist die Optimierung für Fuß- und Radverkehr sowie die Schaffung einer höheren Aufenthaltsqualität neben der Verknüpfung der unterschiedlichen nachhaltigen Mobilitätsformen weiterhin das Ziel für den Karl-Theodor-Bleek-Platz.

Für 2023 wird dann mit Ergebnissen zu rechnen sein.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wann und in welchem Umfang ist eine Sanierung der Wolfgang-Abendroth-Brücke geplant, um den derzeitigen unzureichenden und teils gefährlichen Zustand (insbesondere bei Regen, Pfützenbildung sowie sich lösende Bodenteile) zu verbessern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Der schadhafte Belag wird kurzfristig im Frühjahr 2022 entfernt. Anschließend wird ein Sanierungsvorschlag erarbeitet. Wenn kein Eingriff in den Konstruktionsbeton erforderlich ist, könnte eine Oberflächensanierung noch in diesem Jahr erfolgen.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Nach Ablauf der für die Fragestunde vorgesehenen Zeit erklärt Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner diese für beendet. Die Fragen Nr. 1 und 2 sowie 24 bis 34 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 Entscheidung über die Zulassung des Bürgerbegehrens gegen zusätzliche hauptamtliche Stadträte
VO/0539/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich der Vorlage zuzustimmen. Aussprache ist angemeldet. Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Pfalz und Schmidt.

Nach Beendigung der Aussprache beschließt die Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

Beschluss:

Das Bürgerbegehren mit dem Ziel, einen Bürgerentscheid zur Fragestellung durchzuführen, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19.11.2021 zur Änderung der Hauptsatzung aufzuheben, wird als unzulässig zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, StV. Göttliling

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: CDU/FDP, BfM, AfD, Piratenpartei

zu 5 Straßenbenennung Rinnacker im Stadtteil Ginseldorf

VO/0509/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Die in dem vorliegenden Plan gekennzeichnete Straße im Stadtteil Ginseldorf erhält den Namen „Rinnacker“.

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Umsetzung des Batterie-Oberleitungsbus-Projekts (BOB-Projekt)

VO/0421/2021

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in Form eines Setzpunktes ist angemeldet. An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Göttliling, Ramsaier und Hussein.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Beschluss:

Um die Klimaneutralität im Stadtbusverkehr bis zum Jahr 2030 zu erreichen, erkennt die Stadtverordnetenversammlung die Notwendigkeit zur Umsetzung des Batterie-Oberleitungsbus-Projekts (BOB) an. Sie setzt sich aktiv für die positive Kommunikation des Projekts gegenüber der Stadtgesellschaft ein und unterstützt aktiv alle erforderlichen planerischen, öffentlichkeitswirksamen, genehmigungsrechtlichen, baulichen und technischen Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei, StV. Götting
Nein-Stimmen: FDP
Enthaltungen: AfD

**zu 7 Grundsatzbeschluss zur Wohnquartiersentwicklung am Hasenkopf
und städtebauliche Planung
VO/0531/2022**

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Die Vorlage wurde im Ausschuss ergänzt. Der ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich Oberbürgermeister Dr. Spies sowie die Stadtverordneten Heck, Bauder-Wöhr, Pozzi, Volz, Womelsdorf und Selinka.

Nach Beendigung der Aussprache stellt die Stadtverordnetenvorsteherin die Vorlage in der ergänzten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Das neue Wohnquartier am Hasenkopf soll als Vorzeigequartier für ein zukunftsfähiges, klimagerechtes und sozial durchmischtes Wohnen mit alternativen Mobilitätsangeboten entwickelt werden.

Der aus dem städtebaulichen Wettbewerb zur Wohnquartiersentwicklung Hasenkopf hervorgegangene Siegerentwurf des Büros Lohrer.Hochrein aus München bildet die Grundlage für die

weiteren Planungsschritte zur Umsetzung des zukunftsweisenden Wohnquartiers.

Der Magistrat wird beauftragt, geeignete Wege aufzuzeigen und umzusetzen, um die Begrenzung der zu bebauenden Fläche auf die vom Siegerentwurf des städtebaulichen Wettbewerbs benötigte Fläche dauerhaft abzusichern.

In den weiteren Planungsschritten wird zudem – im Rahmen von Move 35 – begleitend ein Konzept zur Verkehrsanbindung des zukünftigen Wohnquartiers am Hasenkopf unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrslage im Stadtteil Ockershausen entwickelt. Die Zielvorgabe ist hierbei, dass durch das zu realisierende Wohnquartier netto kein weiterer motorisierter Individualverkehr entstehen soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, AfD
Nein-Stimmen: CDU/FDP, Piratenpartei
Enthaltungen: StV. Göttling

zu 8 Beitritt zum Bündnis "Gesundheit für alle in Hessen" - Anonymer Behandlungsschein und Clearingstellen

VO/0552/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der CDU/FDP-Fraktion einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft die Vorlage zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg tritt dem Bündnis "Gesundheit für alle in Hessen" zur Unterstützung anonymer Behandlungsscheine und Clearingstellen bei.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei, StV. Göttling
Nein-Stimmen: AfD
Enthaltungen: CDU/FDP

zu 9 Wirtschaftsplan 2022 für den DBM

VO/0458/2021

Auch diese Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt.

Beschluss:

Dem vorliegenden Wirtschaftsplan des DBM für das Geschäftsjahr 2022 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 10 Genehmigung von Investitionsmaßnahmen des Wirtschaftsplans
2022, gemäß § 5 der Satzung des Dienstleistungsbetriebes der Stadt
Marburg**

VO/0470/2021

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Die Vorlage wurde im Ausschuss ergänzt. Der ergänzten Fassung empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft zur Abstimmung über die ergänzte Fassung auf.

Beschluss:

Der Beschaffung der im Wirtschaftsplan 2022 ausgewiesenen Investitionsmaßnahmen, deren Wert 2 % des ausgewiesenen DBM-Stammkapitals übersteigt, wird - unter dem Vorbehalt der Ergebnisse der anstehenden Organisationsuntersuchung - zugestimmt.

Dies sind:

- Thermohäuser - Ersatz für alte Gewächshäuser (Grün 300.000,- €)
- Infrastrukturmaßnahmen (Grün, Servicehof 300.000,- €)

- Weiterentwicklung Servicehof, Neubau Waage, Neubau Verwaltungs-/Sozialgebäude, Werkhallen (Planungs-/Vorbereitungskosten, 500.000,-€)
- E-Kehrmaschine klein (Straßenreinigung, 180.000,- €)
- TV-Bus (ggf. E- oder Hybrid, Kanal, 300.000,- €)
- Verwaltungs-Software / E-Rechnung, Betriebssystemumstellung, etc. (Verwaltung, 100.000,-€)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Jahresabschluss 2020 der Stiftung St. Jakob

VO/0528/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2020 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 4.932.814,67 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 50.493,54 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.
2. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Wirtschaftsplan 2022 der Stiftung St. Jakob

VO/0529/2022

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorberaten worden. Der Ausschuss empfiehlt lt. Bericht des Ausschussvorsitzenden Pfalz einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2022 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Mitgliedschaft in der Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf

eG

VO/0537/2022

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der CDU/FDP-Fraktion einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg wird Mitglied in der Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf eG.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei, StV. Göttling

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: CDU/FDP

zu 14 Dringlichkeitsanträge

zu 15 Anträge der Fraktionen

zu 15.1 Antrag der AfD betr. Sachbeschädigung bei AfD-Vertretern

VO/0321/2021

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag der AfD vor, den der Ausschuss an den Ältestenrat verwiesen hat. Dort haben sich alle übrigen Fraktionen auf einen gemeinsamen Änderungsantrag verständigt, der allen Stadtverordneten heute ebenfalls zur Abstimmung vorliegt. Aussprache in Form eines Setzpunktes ist angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Pozzi, Sanchez-Arvelo, Knaack, Mesik und Burghardt.

Nach Beendigung der Aussprache ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst die von der AfD vorgelegte geänderte Fassung des Antrages zu Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ja-Stimmen: AfD

Nein-Stimmen: CDU/FDP, B90/die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei, StV. Götting

Enthaltungen: keine

Es folgt die Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg erneuert die Marburger Erklärung gegen Gewalt aus dem Jahre 2014.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich entschieden gegen Gewalt sowie deren Androhung aus.

Jeder Mensch muss vor widerrechtlicher Gewalt und gesellschaftlicher Ausgrenzung, wie beispielsweise durch Mobbing geschützt werden. Niemand darf aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder wegen religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse ausgeschlossen, bedroht oder gewalttätig angegriffen werden.

Gewalt ist in keiner Form akzeptabel.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt Maßnahmen, die

- Entstehung von Gewalt verhindern,
- Zivilcourage fördern, damit Gewalt erkannt wird und nicht unbeachtet bleibt,
- die Einhaltung sozialer Normen festigen,
- Opfern von Gewalt bei der Bewältigung des erfahrenen Unrechts helfen und
- zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Gewalttäterinnen und -tätern beitragen.

Gemeinsam spricht sich die Stadtverordnetenversammlung für den Erhalt und eine gezielte Weiterentwicklung geeigneter Gewaltpräventionsmaßnahmen in unserer Stadt aus.

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung bezieht klar Stellung gegen Gewalt in jeder Form.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei, StV. Götting

Nein-Stimmen: AfD

Enthaltungen: keine

zu 15.2 Antrag des Stadtverordneten Götting betr. Klimavorbehalt

VO/0403/2021

Der Antrag wurde durch den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Vorberatung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie verwiesen.

zu 15.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke, der Piratenpartei und des StV.

Götting betr. Schutz der Lahnauen

VO/0524/2022

Der Antrag wurde durch den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Vorberatung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen verwiesen.

zu 15.4 Antrag des StV Götting betr. Schutz der Lahnauen beim Hafenfest

2022

VO/0535/2022

Der Antrag wurde durch den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Vorberatung an den

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie verwiesen.

**zu 15.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Energiekostenzu-
schuss/Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber*innen**

VO/0541/2022

Der Antrag wurde durch den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur Vorberatung an den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung verwiesen.

**zu 15.6 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Corona-Prämie für aktive Mit-
glieder der Einsatzabteilungen und Jugendfeuerwehren der Freiwilli-
gen Feuerwehr Marburg**

VO/0559/2022

Der Antrag wurde im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss bis März 2022 zurückgestellt.

zu 16 Kenntnisnahmen

zu 16.1 Jahresbericht 2021 der Antikorruptionsstelle

VO/0495/2022

Beschluss:

Der Jahresbericht 2021 der Antikorruptionsstelle wird zur Kenntnis genommen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner dankt allen Anwesenden für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung um 19:45 Uhr.

Marburg, 02.03.2022

Vorsitz:

Protokoll:

Dr. Elke Neuwohner

Lothar Sprenger

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 1 und 2 sowie , 24 bis 34

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Jens Seipp
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

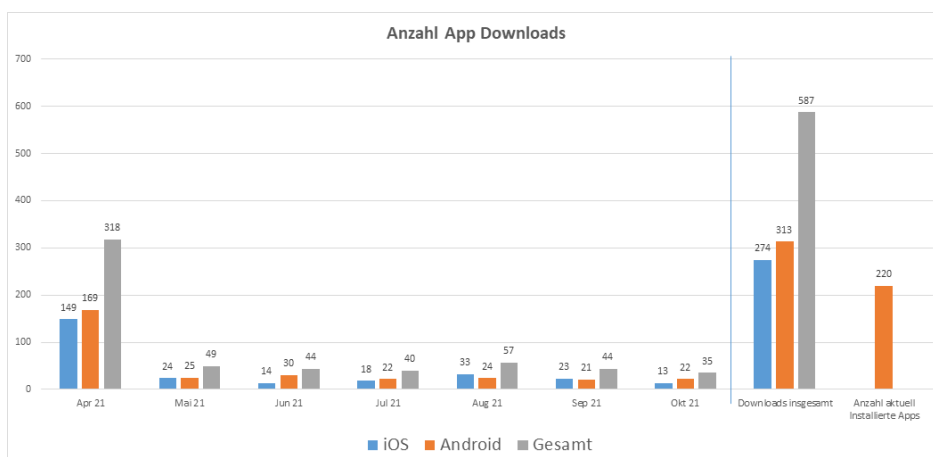
2016 wurde die SiBike-App als Grüne-Welle-App für Radfahrer eingeführt. Wie wird diese App angenommen und wie hoch sind die Nutzerzahlen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In der Stadt Marburg sind mittlerweile fast 20 Lichtsignalanlagen mit dem SiBikesystem ausgestattet. Das System läuft zuverlässig und beschleunigt die Nutzerinnen und Nutzer deutlich spürbar.

Die Fa. Yunex (ehem. Siemens mobility) hat mitgeteilt, dass die SiBikeApp in dem 6-Monatszeitraum von April bis Oktober 2021 die App bundesweit insgesamt 587-mal heruntergeladen wurde. Eine Auswertung nur für Marburg ist nicht möglich. Da Marburg bundesweit aber über das größte System verfügt, dürften die meisten Downloads hier erfolgt sein.



Eine Auswertung des städtischen Verkehrsrechners hat ergeben, dass die Lichtsignalanlagen in Marburg in den letzten Monaten wie folgt von SiBike beeinflusst worden sind.

September 2021:	360-mal
Oktober 2021:	118-mal
November 2021:	130-mal
Dezember 2021:	79-mal

Es wird davon ausgegangen, dass mit einer Ausweitung der der Präsenzvorlesungen an der Philipps Universität auch die SiBike-Nutzung wieder deutlich ansteigen wird. Hierfür wird die Verwaltung die Bewerbung der App aber wieder etwas forcieren müssen, die pandemiebedingt in den vergangenen beiden Jahren eher zurückgestellt wurde.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Jens Seipp
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Fallen für das System SiBike-App Kosten an und wenn ja in welcher Höhe?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für den laufenden Betrieb des SiBike Systems fallen weder für die Stadt Marburg, noch für die Nutzerinnen und Nutzer des Systems Kosten an.

Ein überschaubarer Mehraufwand entsteht bei den Planungen durch die Fa. Yunex traffic (ehem. Siemens mobility), weil die Erstellung der Meldepunkte und die Einarbeitung in das Programm der LSA einen geringen zeitlichen Mehraufwand bedeutet. Die Fa. Yunex traffic hat den Mehraufwand in einer tel. Anfrage, je nach Komplexität des Knotens, auf insgesamt 5-7 Arbeitsstunden geschätzt.

Da SiBike aber immer dann umgesetzt wird, wenn LSA ohnehin erneuert oder modernisiert werden müssen, fällt dieser Mehraufwand bei den Gesamtkosten für Planung und Ausführung nicht ins Gewicht. Die zusätzlichen Radsignale in den Kreuzungen verursachen natürlich zusätzliche Kosten. Sie gehören heute aber zum Stand der Technik und stehen mit dem SiBike System nur mittelbar im Zusammenhang.

Die Antwort wurde zwischen den FD 33 und 66 inhaltlich abgestimmt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie kann der Magistrat in Zusammenarbeit mit dem DBM Sorge dafür tragen, dass beim Winterdienst insbesondere bei Temperaturen über dem Gefrierpunkt der übermäßige Einsatz von Streusalz (insbesondere bei trockener Witterung) auf Straßen und Wegen vermieden werden kann?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Nach der Straßenreinigungssatzung der Universitätsstadt Marburg haben die Verpflichteten (Anlieger*innen) bei Schnee- und Eisglätte die zu räumenden Flächen unverzüglich so zu bestreuen oder abzustumpfen, dass sie von Fußgängerinnen und Fußgängern möglichst gefahrlos benutzt werden können. Als Streumaterial sind vor allem Sand, Splitt und ähnlich abstumpfenden Material zu verwenden. Asche darf zum Bestreuen nicht verwendet werden. Salz darf nur in geringer Menge an besonderen Gefahrenstellen (Treppen, Gehwegen mit starkem Gefälle, usw. und zur Beseitigung festgetretener Eis- und Schneerückstände verwendet werden, wenn es keine Schwefelverbindungen oder andere schädliche Mittel enthält. Salzurückstände sind nach dem Auftauen unverzüglich von den Gehwegen zu beseitigen.

Hier wird oftmals mit der Aufgabenwahrnehmung ein „privater Hausmeisterdienst“ beauftragt.

Zur Information für Bürger*innen wurde ein Flyer „Winterdienst“ herausgegeben. Dieser ist auch unter <https://www.marburg.de/buergerservice/dienstleistungen/winterdienst-raeum-und-streupflicht-9000000110-0.html?myMedium=1> als download abrufbar.

Dort, wo die Stadt Marburg für die Begeh-/Befahrbarkeit von Straßen, Wegen und Plätzen zuständig ist, räumt und streut der Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) mit der technischen Unterstützung verschiedener Räumfahrzeuge oder ganz einfach mit Schneeschieber und meist abstumpfenden Mitteln entsprechend der der Stadtverordnetenversammlung im November 2013 zur Kenntnis gegebenen „Winterdienstprioritätenliste und Streumittelkonzept“.

Bezüglich des Winterdienstes, der durch Mitarbeitende des Dienstleistungsbetriebes oder der Stadt Marburg durchgeführt wird, gibt es einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 24.06.2005. In einem Eckpunktepapier für einen ökologischen und differenzierten Winterdienst wurde beschlossen, dass der Einsatz von Streusalz auf Straßen, Gehwegen und sonstigen öffentlichen Flächen durch städtische Mitarbeiter*innen und Beauftragte minimiert wird, um die Umweltbelastung und daraus resultierende Schäden an Bäumen und Sträuchern aber auch an Straßen und Plätzen zu reduzieren.

Im Straßenwinterdienst sind insbesondere vor dem Hintergrund der Aufrechterhaltung des ÖPNV und der Rettungsdienste/Feuerwehr bei Schnee und vor allem bei Glatteisbildung keine besseren Alternativen als Streusalz-Sole-Mischungen (Feuchtsalzmischungen) bekannt.

Aufgrund der spezifischen Topographie Marburgs kann es vorkommen (und war in letzten fünf Jahren häufig so), dass im Lahntal bei Trockenheit Plusgrade vorherrschten, während es auf den westlichen und östlichen Höhen zu erheblicher Glatteisbildung kam. Als Folge kommt es vor, dass bei Plusgraden bis zu +7 Grad vollausgestattete Winterdienstfahrzeuge nicht streuend in der Innenstadt auf ihrem Weg zum Einsatzort unterwegs sind.

Durch die oben angesprochenen Beschlüsse gehört es auch zu den Aufgaben des DBM, Verbesserungen in den Konzeptionen umzusetzen. Aktuell wird geprüft, ob bei Neuanschaffungen im Straßenstreudienst auf temperatur- bzw. sensorgesteuerte Streumengen umgestellt wird.

Für den Straßenwinterdienst auf Kreis- und Landesstraßen ist die landeseigene Gesellschaft „Hessen Mobil“ zuständig.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Die Stadt Marburg und der Kreis Marburg-Biedenkopf arbeiten an der Ausgestaltung des regionalen Medienentwicklungsplans. Dabei scheint für die Stadt ein zentrales Schulportal im Zentrum der Entwicklung zu stehen. Die schulische IT soll an das städtische Netz angeschlossen und zentral verwaltet werden. Bitte konkretisieren Sie diese Überlegungen. Welche Auswirkung haben diese Überlegungen auf die Ausgestaltung der Schul-IT und schränkt dies die Möglichkeiten von zwischenzeitlichen, individuellen technischen Übergangslösungen der verschiedenen Schulen ein?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Nein, die Universitätsstadt Marburg plant im Zuge des Medienentwicklungsplans, dem inklusive des Rollouts für die Stadt Marburg am 19.11.2021 die Stadtverordnetenversammlung einstimmig zugestimmt hat, kein zentrales Schulportal. Wir verweisen hinsichtlich der pädagogischen Organisation auf die Lösung des Landes Hessen, das mit dem Schulportal Hessen eine zentrale Plattform kostenlos allen Schulen zur Verfügung stellt.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Könnte die Haselhecke im Bereich der Grundschule und des künftigen Überwegs zum Neubau zu einer Spielstraße gemacht werden und welche Bedingungen müssten dabei erfüllt werden bzw. gegeben sein, um eine Straße mit einer Tempolimitierung auf Tempo 30 in eine Spielstraße umwandeln zu können?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Straßenverkehrsordnung gibt vor, dass für die Ausweisung eines Verkehrsberuhigten Bereichs ein niveaugleicher Straßenausbau erfolgen muss und die Gestaltung muss sich von dem übrigen T30-Bereich deutlich abheben und den Aufenthaltscharakter hervorheben. Die Parkplätze, die derzeit von den Lehrkräften genutzt werden, müssten entfallen.

Im Zuge des Schulgebäudeneubaus an der Grundschule Marbach wurde verwaltungsintern, unter Beteiligung der Grundschule Marbach sowie der Fachdienste Hochbau, Tiefbau, Schule und Straßenverkehr verschiedene Gestaltungslösungen, u. a. auch ein Verkehrsberuhigter Bereich, geprüft. Hierbei wurde es als beste Lösung erachtet, die Haselhecke im Bereich der Treppenanlagen einzuengen, damit die Schülerinnen und Schüler nicht unmittelbar auf der Fahrbahn stehen und eine übersichtliche Verkehrssituation entsteht.

Der Magistrat hat nach Auskunft des FD Hochbau in seiner Sitzung vom 10.05.2021 nach intensiver Abwägung beschlossen, der Verwaltungsempfehlung zu folgen und in dem Treppenbereich eine Fahrbahneinengung zu bauen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Wie viele Stadtführungen gab es in 2021 und mussten welche wegen Corona abgesagt werden oder konnten gar nicht stattfinden?

Stellungnahme/Antwort durch:	Marburg Stadt + Land Tourismus
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Durchführung von Gästeführungen war in 2021 aufgrund der Corona-Pandemie erst ab 1. Juni wieder erlaubt.

In der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember wurden 666 Gruppenführungen mit ca. 6.000 Gästen durchgeführt. Insgesamt gab es 220 Corona-bedingte Stornierungen.

Zum Vergleich: 2019 fanden 2.267 Gruppenführung mit ca. 40.000 Gäste statt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Alexandra Klusmann
Fraktion / Partei:	SPD

Welche Stadtführung war die meist gebuchte?

Stellungnahme/Antwort durch:	Marburg Stadt + Land Tourismus
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Meist gebuchte Führungen waren die zu den klassischen Sehenswürdigkeiten in unterschiedlichen Kombinationen.

Angeführt von der 1stündige Altstadt-Führung, gefolgt von den 1,5stündigen Führungen Altstadt bis rund um das Marburger Landgrafenschloss oder Elisabethkirche und Altstadt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 29

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie sieht eine Zwischenbilanz für die Erprobung von Stadtteiffonds in den vier ausgewählten Stadtteilen – Hansenhaus/Glaskopf/Südbahnhof, Altstadt, Richtsberg und Wehrda in Bezug auf Beteiligung der Bürger*innen und die Schwerpunkte sowie der Durchführung der Projekte aus?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 72 - Bürger*innenbeteiligung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Pilotprojekt Stadtteiffonds ist zunächst Ende 2019 / Anfang 2020 gut angelaufen, wurde aber durch die Coronapandemie sehr behindert, da viele Bürger*innenprojekte mit einem Gemeinschaftsbezug nicht umgesetzt werden konnten. In der Pandemie wurden nur einzelne Projekte umgesetzt, wie zum Beispiel Weihnachtsbeleuchtung am Richtsberg oder pandemiekonforme Kinderaktivitäten am Richtsberg und Hansenhaus.

Eine Ausnahme bildet der Stadtteil Wehrda, wo eine vollständige Umstellung auf digitale Formate seit 2021 gelungen ist. Zu den umgesetzten Projekten in Wehrda zählen ein Nachbarschaftsgarten, ein Nachbarschaftsmarkt und ein Bücherschrank. Die Einbeziehung digitaler Formate wird jetzt auch in anderen Stadtteilen erprobt, aktuell im Stadtteil Altstadt.

Gleichzeitig hat der Magistrat einer Verlängerung des Pilotprojekts bis zum 31.12.2023 zugestimmt, um die pandemiebedingte Verzögerung der Umsetzung abzufedern (VO/0426/2021). 2023 wird der Fachdienst Bürger*innenbeteiligung eine Auswertung vorlegen als Diskussionsgrundlage für das weitere Vorgehen.

Es zeichnet sich aber schon jetzt ab, dass im Falle einer Fortführung des Projekts Änderungen erfolgen sollten und dafür Vorschläge entwickelt werden müssen (z.B. zum Zugang für alle Stadteile zu Fondsmitteln, zu mehr Unterstützung für Bürger*innen bei der Umsetzung von Projektideen und zu Regeln zum Umgang mit Bürger*innenideen, die nur mit Hilfe der Verwaltung umgesetzt werden können).

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 30

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie weit sind die Verhandlungen des Magistrats mit der Universität gediehen, um Stadtpassinhaber*innen einen ermäßigten Zugang zum Neuen Botanischen Garten entsprechend der Richtlinien zu ermöglichen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 50 - Soziale Leistungen
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Verwaltung des Botanischen Gartens hat auf unsere Kontaktaufnahme nicht reagiert. Unsere Bitte, eine verantwortliche Kontaktperson zu benennen, um die Rahmenbedingungen einer Ermäßigung für Stadtpassinhaber*innen verabreden zu können, blieb bislang unbeantwortet.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 31

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Liban Abdirahman Farah
Fraktion / Partei:	SPD

Wie viele Bürger*innen und Unternehmen in der Universitätsstadt Marburg produzieren in welchem Umfang Eigenstrom? (Angaben bitte getrennt nach "Einspeisung ins Netz" und "Selbstverbrauch")

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Durch die 1.216 in der Universitätsstadt Marburg installierten EEG- und KWK-Anlagen wurden in 2020 insgesamt 43.322.417 kWh in das Netz der Stadtwerke Marburg eingespeist.

Der gesamte Selbstverbrauch kann nicht ermittelt werden, da nicht für jede Erzeugungsanlage auch eine Erzeugungsmessung vorhanden ist. In den meisten Fällen wird nur die Einspeisemenge erfasst.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 32

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Liban Abdirahman Farah
Fraktion / Partei:	SPD

Wie unterstützt die Universitätsstadt Marburg und/oder ihre städtischen Gesellschaften Bürger*innen bei der Anschaffung und Umrüstung von Photovoltaik Anlagen und dazugehöriger Infrastruktur zur Eigenstromproduktion?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Wir stellen für den in der Fragestellung genannten Ausbau der Eigenstromproduktion Fördermittel zur Verfügung.

Fördermittel stehen über das städtische Förderprogramm: „Klimafreundlich wohnen“ (in Kraft seit 25.09.2020) zur Verfügung.

Einzelheiten hierzu sind im Internet abrufbar:

<https://www.marburg.de/leben-in-marburg/umwelt-klima/klimaschutz/foerderprogramme-von-marburg/>

Auszug aus dem Förderprogramm „Klimafreundlich wohnen“

(gelb hinterlegt die Förderungsmaßnahmen zur Photovoltaik):

- Bis zu 5000 Euro für die Dämmung der oberen Geschossdecke oder des Daches mit nachhaltigen Dämmstoffen (30 % Förderung)
- Bis zu 5000 Euro für eine Photovoltaikanlage (250 Euro pro kWp Leistung)
- 2000 Euro für einen Neuanschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz
- Bis zu 1500 Euro für eine solarthermische Anlage
- 1000 Euro für die Umstellung Ihrer Heizanlage auf Holz oder Pellets
- 500 Euro für die Umstellung Ihrer Heizanlage auf Kraft-Wärme-Kopplung,
- 500 Euro für die Installation eines Stromspeichers

- 150 Euro für eine Mikro-Photovoltaikanlage
(exklusiv für Mieter*innen)

Die Antragstellung erfolgt über die Stadtwerke Marburg.

Siehe: <https://www.stadtwerke-marburg.de/service/foerderprogramme>

Für Hinweise, ob und ggf. wie unsere Förderung verbessert oder ausgeweitet werden sollte/könnte, sind wir dankbar und prüfen solche Vorschläge gerne. Auch Fragestellungen, die von unserem Förderprogramm nicht abgedeckt werden, können gerne an uns herangetragen werden. Wir prüfen dann im Einzelfall, ob und ggf. wie eine Realisierung und Förderung möglich sein könnte.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 33

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Sind für alle Marburger Schulen aktuelle Schulwegpläne digital im Internet abrufbar und falls nein, an welchen Schulen müsste nachgebessert werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Erstellung der Schulwegepläne für jede Schule ist geregelt im Erlass „Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung in der Schule“.

Demnach erarbeitet die Schulleitung für die Jahrgänge 1 – 7 einen Schulwegeplan.

In diesen Schulwegeplänen sollen die sichersten Wege zur Schule empfohlen und dargestellt werden. Die Polizei und die Fachdienste der Stadtverwaltung Marburg (Straßenverkehr, Bau, Schule) sind hierbei unterstützend tätig (u. a. Erkennen und Beseitigung etwaiger Gefahrenpunkte).

Bei den weiterführenden Schulen ab der Jahrgangsstufe 5 wird kein Schulwegeplan erstellt, da die meisten Schüler*innen mit dem ÖPNV anreisen und nur ein kurzer Schulweg vorhanden ist. Diese Regelung erfolgte zwischen den Schulen und dem SSA.

An 4 Grundschulen (OUS, GS Marbach, GS Michelbach, EKS) ist der Schulwegeplan auf der Schulhomepage hinterlegt. Bei weiteren 5 Grundschulen (TFS, GSS, VGW, WW, EvB) gibt es auf der Schulhomepage Informationen zu dem Schulweg.

Weitere 4 Grundschulen (ALS, BGS, GHS, SvB) haben einen Schulwegeplan, allerdings ist dieser nicht auf der Schulhomepage einsehbar.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 34

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Februar 2022

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie werden die über den Pflegepool an die Alten- und Pflegeheime vermittelten Pflegekräfte zur Unterstützung bei (coronabedingten) Personalausfällen abgerechnet und wird dabei unterschieden in welcher Trägerschaft die Einrichtung ist?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

In den meisten Fällen schließen die Einrichtungen direkt mit den vermittelten Personen Aushilfsverträge ab.

In wenigen Einzelfällen waren auch die Verwaltungen der Einrichtungen von dem coronabedingten Personalausfall betroffen.

Um die Bezahlung zeitnah leisten zu können, ist die Stadt Marburg hier in Vorleistung getreten. Die Kosten wurden von den Einrichtungen erstattet, sobald die Notsituation vorüber war. Es wird nicht unterschieden, in welcher Trägerschaft die Einrichtung ist.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister